

Über die Opposition im Juni 1841, 10.07.1841

Seite 59 r

Hr. 10. July 1841
vom Major Lindemann

Ueber die Opposition im Juny 1841.

Zweck der Opposition ist der Umsturz des Landesverfassungs-Gesetzes vom 6^t August 1840 und Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes von 1833, wenn – wie sie sich ausdrücken – ein Ereigniß eintritt.

Zur Erreichung dieses Zwecks sucht sie die Aufregung im Lande nicht nur zu erhalten, sondern auch immer weiter zu verbreiten, wie ihr dies im vorigen Winter mit der sonst so legalen Provinz Ostfriesland durch ihr Emissiren in dem Grade gelungen ist, daß sämtliche Ostfriesische Deputirte, welche ehemals fast ohne Ausnahme im Sinne der Regierung zu stimmen pflegten, in der jetzt aufgelöseten Ständeversammlung sämtlich immer, auch bei den extravagantesten Vorschlägen und Anträgen, gegen die Regierung stimmten.

Zur Begründung der Hoffnung, welche die Leiter ihren Anhängern auf die Möglichkeit des Umstoßens des Landesverfassungs Gesetzes machen, führen sie den mangelnden Consens der Agnaten, so wie die Nicht-Anerkennung dieser Verfassung von Seiten des deutschen Bundes an. Auf den letzteren Umstand legen sie den größten Werth, und behaupten in dieser Beziehung, der Deutsche Bund sey selbst der Meinung, daß durch die Errichtung des Landesverfassungs Gesetzes seinem Beschlusse vom 3^t Sept. 1839 kein Genüge geleistet worden. – Ihre größte Besorgnis beruhte darin, daß der Deutsche Bund sich zufriedengestellt erklären könne, und ihr ganzer Operationsplan während der Ständeversammlung war darauf gerichtet, dies zu verhüten. Nach ihrer Behauptung soll das Landesverfassungsgesetz erst dann in anerkannter Wirksamkeit stehen, wenn in der Ständeversammlung über ein Gesetz dreimal berathen, also definitiv darüber abgestimmt, oder wenn eine Geldbewilligung gemacht ist. Diese Ansicht wurde während der Debatten mehrmals geäußert,

Die ganze Parthei war von deren Richtigkeit überzeugt. Nach der Versicherung des einflußreichsten Führers würde die Regierung, sobald über ein Gesetz abgestimmt oder Geldmittel vewilligt worden, dem Deutschen Bunde sagen: jetzt liefern wir den Beweis, daß auch die Stände das Landesverfassungsgesetz anerkannt haben, daß es in voller Wirksamkeit ist, und erkennt es ebenfalls als Landesgesetz, und die Acten für geschlossen an. – Wobei zu verstehen gegeben wurde, daß mit einer solchen Erklärung ihre Sache verloren wäre.

Es ist unstreitig für die Regierung und für das Land sehr zu beklagen, daß durch die von der Majorität der 2^{ten} Kammer befolgte Handlungsweise die Auflösung der Ständeversammlung, ohne daß irgend etwas beschlossen, nothwendig wurde; ungleich größere Nachteile möchten aber für Regierung und Land entstanden seyn, wenn die Opposition einen anderen, wie mir deucht ihren Interessen weit angemesseneren Weg einschlug, wenn sie nämlich eine Art von Verwahrung einlegte, sich dann auf Verhandlungen einließ, und nun auf eine schlaue Weise aus ihrer großen Uebermacht Vortheil zu ziehen suchte. – Der Präsident, der Vice-Präsident, der General-Syndikus, der Vice-General-Syndikus, die Finanz-Commission, die Redactions-Commission, alle anderen Commissionen und sämtliche Conferenzen waren lediglich durch Ultras der Parthei, durch erbitterte Feinde der Regierung besetzt. Die Leitung der Geschäfte war demnach ganz in ihren Händen, es war unmöglich, daß bei solch einer Composition und solch einer Constituirung der 2^{ten} Kammer ein nur irgend befriedigendes Resultat erfolgen konnte. – Wäre es zu wirklichen Verhandlungen gekommen, so würden die Propositionen der Regierung auf alle

Weise hin- und hergezerrt, abgelehnt oder so verändert angenommen seyn, daß entweder die 1^{te} Kammer sie nicht annehmen konnte, oder daß, wenn sie es that, die Regierung die gefassten Beschlüsse verwerfen musste. Die Opposition hatte es nun in der Hand, durch gehässige Auslegung der Regierungs-Propositionen, durch Anträge auf Verminderung der Steuer, so wie durch andre Anträge, welche wie jene das Volk gern hörte, sich in den Augen des Volks als Streiter, als eifrige Beförderer auch ihrer materiellen Interessen darzustellen, während sie diese durch die jetzige Handlungsweise völlig vernachlässigte, und nur als Vertheidiger der moralischen Interessen oder um mit ihr zu reden, des Rechtsprincips auftreten konnte. Hätte die Opposition statt des gewählten den bezeichneten Weg eingeschlagen, so möchte sie einen neuen, schwer zu zerstörenden, der Regierung höchst nachtheiligen Einfluß gewonnen haben. Dagegen möchte die Opposition durch das beobachtete Verfahren, weil dabei das materielle Interesse des Landes gänzlich bei Seite gesetzt ist, weil alles auf die Spitze gestellt ist (wozu der Hannoveraner bislang überall nicht inelinirte) eine ganz entgegengesetzte als die erwartete Wirkung hervorbringen, und ihr Einfluß möchte dadurch um ein Bedeutendes vermindert werden, vorausgesetzt, daß die Regierung ihre Fehler mit Umsicht und Thätigkeit benutzt. Nur wenn man den Sitzungen der 2^{ten} Kammer beigewohnt hat, kann man sich einen richtigen Begriff von der Gereiztheit, der Leidenschaftlichkeit, dem Starrsinn der geleiteten Mitglieder der Oppositionspartei machen. Von ihren Führern ist ihnen so oft eingepreßt worden: die Regierung wolle durchaus ihnen nicht entgegenkommen, sie habe durchaus keinen guten Willen, - daß sie dies jetzt wirklich glauben. Bei der

Stimmung der ganzen Parthei, so wie sie jetzt ist, möchte sie nur durch Ruhe und Besonnenheit zu bekämpfen seyn, dagegen das Uebel nur ärger werden, wenn man mit Leidenschaftlichkeit, mit Hastigkeit gegen sie aufträte. – Will die Regierung jetzt mit Erfolg auf die öffentliche Meinung wirken, so muß sie in Allem, was direct von ihr ausgeht, oder was indirect durch sie ins Publicum kommt, immer in der gemessensten Haltung bleiben, nie bitter werden, keine Persönlichkeiten verletzen, sie mögen es noch so sehr verdient haben, sie muß gründlich und klar aber ruhig darstellen, wie die Opposition das wahre Wohl des Landes, das materielle Interesse desselben aus den Augen gesetzt habe, was für eine Zukunft dem Lande bevorstehe, wenn man auf diesem Wege fortgehe u.s.w.

Zwar hat die Opposition, wenn ihr vorgeworfen wurde, daß sie durch ihr Verfahren das materielle Interesse des Landes so schwer benachtheilige, stets mit vieler Sicherheit erwidert, dies sey jetzt, wo es sich um Erhaltung oder Wiedergewinnung der wichtigsten, dem Volke über Alles theuren Rechte handle, und zwar für alle Zeiten handle, ein Gegenstand von ganz geringer Bedeutung, das Volk leiste für jene unschätzbare, moralische Güter gern Verzichte auf alle zeitliche Vortheile u.s.w.; allein diese Behauptung möchte zwar bei einem Theile der Parthei als richtig anerkannt, dagegen aber von einem anderen Theile desavouirt werden. – Die Wirkung, welche das Vorlegen mehrerer Gesetzes-Entwürfe machte, zeigte deutlich, daß wenigstens bei Mehreren die größten Redensarten auf die Dauer gegen die zeitlichen Güter nicht Stich halten würden. Am deutlichsten wurde dies bei dem Verlegen des von so vielen Seiten seit langer Zeit sehnlich herbeigewünschten Verkopplungsgesetzes, so wie bei dem Eisenbahn-Gesetze, welches für mehrere der der Regierung feindseligsten Städte von

der größten Wichtigkeit ist. Die Führer der Opposition konnten es auch nicht verbergen, wie ungemein unangemessen ihnen die Vorlage dieser Gesetze war, und es möchte wohl anzunehmen seyn, daß wenn die Vorlage derselben zur Einberufung der Stände der Corporationen bekannt gewesen wäre, die Wahlen theilweise in einem anderen Sinne ausgefallen seyn würden. – Jedenfalls möchte die gemachte Beobachtung ein Fingerzeig seyn, wie auf die neuen Wahlen wohlseitig eingewirkt, das Volk den Händen der Führer der Opposition entzogen und der Regierung mehr befreundet werden könnte.

Wiewohl die Führer der Opposition alles aufsuchten, was ihre Parthei, besonders die bauerlichen Deputirten, irgend aufzureitzen im Stande war, so war es doch, außer dem verletzten Rechtsgefühl – eigentlich nur ein Rest, was sie tummelten, nämlich die nach ihrer Angabe statt gefundene Eingriffe in die persönliche Freiheit nebst verweigerter Rechtsschutz, mit einem Worte übermäßige Ausdehnung der Polizey-Gewalt. Die frühere Confirirung von Böse, die noch jetzt fortdauernde von Detmold und Wehner, die gegen Stüve gewonnenen Maßregeln füllen einen bedeutenden Theil der Sitzungen aus, indem die eingehenden Petitionen, die weitläufige, lebhaftige Berichterstattung daraus, die sich darüber entspinnde Debatte, so wie demnächst die Relationen aus den Conferenzen erwünschte Gelegenheit gaben, dies widerwärtige Thema immer wieder vorzubringen, die Gereiztheit der Parthei zu vermehren, um selbst auf die der guten Sache befreundeten Mitglieder sehr ungünstig ein zu wirken. – Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Mittel, gefährliche Personen unschädlich zu machen, im Volke keinen

Anklang gefunden haben, daß sie dagegen der Opposition höchst willkommen gewesen sind, um sie als hauptsächliches Aufreizungsmittel gegen die Regierung zu gebrauchen. Eine wirkliche Arretirung und strenge Gefangenhaltung solcher der strafbarsten Umtriebe schuldiger Individuen während einer einzuleitenden Untersuchung, würde – (nach den in der 2^t Kammer gemachten Beobachtungen) im Volke mehr Beifall gefunden, auf die Getroffenen und ihre Parthei einen weit tieferen Eindruck gemacht haben, als die fragliche Art von langdauernden Freiheitsbeschränkungen, und Bewachungen durch die Gendarmerie. – Der Deutsche giebt nach, wenn er sieht, daß mit Strenge und Ernst verfahren wird, er verträgt viel eher ein derbes, kräftiges Einschreiten als irgend eine Maßregel, welche ihn nur entfernt an eine von der französischen Herrschaft her ihm noch verhaßte geheime Polizei erinnert. Die Führer der Opposition haben dies sehr wohl zu benutzen gewußt, und Maßregeln, welche gewiß nur ergriffen wurden, um die Milde zu zeigen, wo man hätte streng seyn können, auf eine so boshafte Weise gedeutet, daß sie erbitterten und aufregten. Es ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß, wenn die Confinirungen von Wehner und Detmold fort dauern sollten, in der nächsten Ständeversammlung eben so giftige, wo möglich noch giftigere Petitionen eingehen; daß sich die so nachtheilig einwirkenden Scenen erneuern werden – nachtheilig können sie aber um so mehr genannt werden, weil beide Partheien in der 2^{ten} Kammer diese Confinirungen mißbilligen, also eine allgemeine Verstimmung dadurch hervorgebracht wird. – Mit Gewißheit läßt sich behaupten, daß die Opposition solche Confinirungen, oder wie sie selbige auch nennt Verstrickungen höchst ungern entbehren würde.

Einen sehr ungünstigen Eindruck machen auch auf die ganze 2^{te} Kammer das gegen Stüve beobachtete Ver-

fahren, nämlich die Erhebung einer Kriminalklage wegen eines wie sich zeigte bereits verjährten, außerdem nicht zu beweisenden Vergehens; so wie die sodann gegen ihn angestellte Disciplinar-Untersuchung. Es konnte Niemandem zweifelhaft seyn, daß durch diese Schritte bezweckt wurde, Stüve's Eintritt in die 2^{te} Kammer zu verhindern. Wer den wiederholten, traurigen Debatten darüber beiwohnte, wird sicher der Ueberzeugung der Freunde und Vertheidiger der Regierung beitreten, daß es höchst wünschenswert gewesen seyn würde, wenn Stüve ganz einfach der Urlaub verweigert wurde. Die Regierung blieb dabei in ihrem Rechte, über dessen Anwendung sie Niemanden Rechenschaft abzulegen hat.

Wer die 2^{te} Kammer während der Sitzungen beobachtet hat, kann leider nicht daran zweifeln, daß sich im Lande eine starke, eng verbundene, ihren Führern unbedingt gehorsame, und von diesen mit Energie, Schlaueit und großer Umsicht und Berechnung geleitete Parthei gebildet hat, die es sich zur Aufgabe gemacht, der Regierung allenthalben hindernd in den Weg zu treten, sie beim Volk auf alle Weise zu verdächtigen, und die Verfassungsfrage, welche nach ihnen noch nicht vollständig erledigt seyn soll, in dem angeblichen Zustande von Ungewißheit zu erhalten, und von irgend einem günstigen Ereignisse für ihre Pertheswerke Nutzen ziehen zu können. Es ist den Führern gelungen, bei einem Theile der von ihnen ge- und mißleiteten einen wahren politischen Fanatismus zu erregen, dessen man namentlich unserem ehrlichen Landmann gar nicht fähig gehalten haben sollte. Auf diese Ultras ist durch Gründe, durch Vorstellungen nicht mehr zu wirken. Die mit der Opposition stimmenden 21 Bauern der 2^{ten} Kammer (oder richtiger ländliche Grundbesitzer) gaben den deutlichsten Beweis davon. Sie waren mit dem festen Vorsatze gekommen, nur Gründe für – durchaus aber keine gegen ihre einmal gefaßte Meinung zu hö-

ren, und sie haben diesen Vorsatz treulich gehalten, weshalb die Verhandlungen in den Sitzungen selbst eine bloße Form waren. Sie folgten blindlings ihren Führern, kamen völlig instruiert in die Sitzung, und wichen nie von den ihnen ertheilten Befehlen ab. Werden sie, wie sie dies zu glauben scheinen, zu der nächsten Ständeversammlung wiedergewählt, so kann man mit großer Wahrscheinlichkeit, fast mit Gewißheit annehmen, daß sie in derselben verderblichen Art opponiren werden, als sie es jetzt gethan haben. Wenn aber auf diese Menschen nicht einzuwirken ist, sie zu keiner Sinnesänderung zu bewegen sind, so bleibt der Regierung natürlich nur der Versuch übrig, auf die öffentliche Meinung zu insuiren, und dadurch zu verhindern, daß sie theilweise nicht wiedergewählt werden.

Mit Erfolg möchte aber auf die öffentliche Meinung nur dadurch einzuwirken seyn, daß man das Volk über seine wahren Interessen aufklärte, daß man ihm zeigte, wie das Verfolgen des jetzt betretenen Wegs das Land zum Verderben führte, daß Nachtheile dadurch hervorgebracht werden, welche theilweise gar nicht wieder gut zu machen sind.- Aufsätze in ausländischen Blättern möchten aber nicht genügen, und es scheint nothwendig, diese wichtigen Gegenstände nicht nur in der Hannoverschen Zeitung zu besprechen, sondern diese Artikel auch in die Provinzialblätter einrücken zu lassen. Es ist schon längst der allgemeine Wunsch gewesen, daß das bislang darüber beobachtete Stillschweigen gebrochen werden möge, und man nicht mehr genöthigt sey, eine ausländische Zeitung zu halten, um sich über die Angelegenheiten seines Vaterlandes zu unterrichten, Zeitungen, welche die Führer der Opposition benutzten, das Volk zu vergiften, und es zu dem Widerstande zu verführen, den es jetzt leistet. Es ist wahrlich hohe Zeit, der Intrigen der Opposition – deren Eifer nie erkaltet – entgegenzuwirken, und das übermüthige, extravagante Verfahren der Opposition in der letzten Ständeversammlung scheint die Waffen der Regierung in die Hände gegeben zu haben. Es möchte doch anzunehmen seyn, daß noch im Menschen Besonnenheit und Vernunft genug geblieben ist, um einzusehen, wie schädlich die Opposition mit dem

geleisteten Deputirten Eide gespielt, wie sie das allgemeine Wohl, lediglich ihr Partheiwerk verfolgend, gänzlich bei Seite gesetzt hat. Es möchte aber sehr bezweifelt werden müssen, daß das Volk zu dieser Einsicht gelange, wenn man ihm nicht durch Darstellung der Verhältnisse dazu behülflich ist. Es hat die Opposition in der 2^{ten} Kammer mehrmals erklärt, die Regierung habe auf die letzten Wahlen nicht eingewirkt. Es ist ihr darauf erwidert, daß – nach dem vorliegenden Resultate – es Pflicht der Regierung geworden sey, bei den nächsten Wahlen eine Einmischung eintreten zu lassen. Niemand wird wohl die Nothwendigkeit davon bestreiten. – Wie dies zu machen, kann hier nicht erörtert werden. Nur noch ein paar Worte über die Constituirung der nächsten Kammer.

Wenn die Opposition geleitet wird, nur nach einem Willen handelt, so ist es durchaus nothwendig, daß auch die Regierungspartei einen Anhaltspunkt erhält. Die dazu gehörenden Deputirten kommen aus allen Theilen des Landes am Tage vor Eröffnung der Kammern zusammen, sie kennen sich theilweise gar nicht, sie wissen nicht einmal, wer zu ihnen gehört, ja sie können, wenn sie sich orientiren wollen, nicht einmal Jemanden finden, der ihnen Auskunft giebt. Es scheint also unerläßlich, daß irgend Jemand damit beauftragt werde, das Interesse der Regierung in dieser Beziehung wahrzunehmen. Die Mitglieder der Opposition bringen ihre Stimmzettel für die Wahl der Präsidenten und des General-Syndicus in der Tasche mit in die Sitzung, die Mitglieder der Regierungspartei wissen nicht einmal – wenigstens bei weitem nicht alle – wem sie ihre Stimme geben sollen. Es kann, wenn sie nicht gehörig instruiert werden, der Fall eintreten, daß die Regierung die Majorität besitzt, und daß sich die Opposition dennoch der so wichtigen Stellen des Präsidenten und des General-Syndicus bemächtigt, weil ihr keine Stimme verloren geht, dagegen sich die Stimmen der Regierungsmitglieder zersplittern. Sind aber diese beiden Stellen in den Händen von erbitterten Feinden der Regierung, so kann, selbst wenn diese die Majorität hat, nicht wohl ein erfreuliches Resultat erwartet werden.